

9/90 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir wollen mit unseren Nachbarn in Frieden leben

Die CDU beurteilt die Entwicklung des Wahlkampfes für die drei Parteien der Allianz für Deutschland ausgesprochen positiv. Mit dieser Feststellung trat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, während einer Routinesitzung des Parteipräsidiums am Montag vor die Bonner Presse und gab damit den Eindruck wieder, den die Wahlhelfer der CDU in der DDR während der letzten Tage und Wochen bei vielen Gelegenheiten gewonnen haben. Dabei sei insbesondere spürbar geworden, daß die für die Allianz nachteiligen Prognosen, die anfangs gegeben wurden, jetzt nach oben revidiert werden müssen.

Ganz ausdrücklich würdigte der Bundeskanzler in diesem Zusammenhang den gewaltigen Einsatz der CDU-Kreisverbände für die Partnerparteien in der DDR, den Demokratischen Aufbruch, die Deutsche Soziale Union und die Christlich Demokratische Union, und kündigte für das Wochenende eine Woche vor dem Wahltermin eine Zahl von Freiwilligen für den Wahlkampf an, die weit über tausend liegen wird.

Der Bundeskanzler sah den Vorteil dieser ausgesprochen positiven Entwicklung auch in einem großen „Motivationsschub“ für die eigene Partei.

Mit Besorgnis registrierte der Bundeskanzler die Angstkampagne, die gegenwärtig in der DDR stattfindet, und forderte dazu auf, die verbleibende Zeit zu nutzen, um dieser Kampagne entschieden zu begegnen.

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Entschließung

Das polnische Volk soll wissen... Seite 2

Wirtschaft

DIHT: Glänzende Konjunkturaussichten. Seite 12

● Wohnen

Wohnungspolitik aus sozialer Verantwortung. Seite 13

● Umwelt

Nord- und Ostsee dürfen nicht länger Müllkippe bleiben. Seite 18

● Betriebsratswahlen

Blüm an alle Arbeitnehmer: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Seite 21

● Öffentlichkeitsarbeit

Neue Serie: Was sagt die CDU zum Thema. Seite 23

● Dokumentation

Hilfe und Perspektive für die deutsche Landwirtschaft. Grüner Teil

Der nächste UiD (10/1990) erscheint erst wieder in vierzehn Tagen am 22. März.

Das polnische Volk soll wissen...

Mit großer Mehrheit haben die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP in der Bundestagssitzung am Donnerstag, den 8. März dem folgenden gemeinsam eingebrachten Entschließungsantrag zugesagt:

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag schlägt unter Bezugnahme auf seine Erklärung vom 8. November 1989 vor, daß die beiden freigewählten deutschen Parlamente und Regierungen möglichst bald nach den Wahlen in der DDR eine gleichlautende Erklärung abgeben, die in ihrem Kern folgendes beinhaltet:

„Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“

Ziel dieser Erklärung ist es, entsprechend den Prinzipien der KSZE-Schlußakte mit Blick auf die deutsche Einheit die Unverletzlichkeit der Grenzen gegenüber Polen als unverzichtbare Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europas zu bekräftigen.

In diesem Sinne soll die Grenzfrage in einem Vertrag zwischen einer gesamtdeutschen Regierung und der polnischen Regierung geregelt werden, der die Aussöhnung zwischen beiden Völkern besiegt.

Der Verzicht Polens auf Reparationen gegenüber Deutschland vom 23. August 1953 und die gemeinsame Erklärung von Ministerpräsident Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl vom 10. November 1989 bleiben auch für das vereinte Deutschland gültig.

(Fortsetzung von Seite 1)

Vor allem drei Gruppen sind es, auf die die Angstkampagne zielt:

- die Rentner,
- diejenigen, die für sich persönlich glauben, daß sie bei einer Veränderung der Wirtschaftsstruktur in Arbeitslosigkeit geraten könnten, und
- solche, die über Ersparnisse verfügen und diese Ersparnisse als ein Zubrot fürs Alter gedacht haben.

Zu der in der Bundesrepublik anlaufenden Diskussion darüber, wie es jetzt weitergeht, wie eine Vereinigung zustande kommt, d. h. eine Vereinigung der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und Berlins, ob nach Artikel 23 oder nach Artikel 146 unseres Grundgesetzes,

erklärte der Bundeskanzler klar und entschieden, daß er die künftige Entwicklung im Sinne des Artikels 23 sieht, eines Artikels, der in der Geschichte unserer Republik immer als der Königsweg zur Einheit bezeichnet worden ist.

Was den Artikel 146 betrifft, der neuerdings in die Diskussion gebracht wird, erinnerte der Kanzler daran, daß dieser Artikel nach herrschender Auffassung der Staatsrechtsliteratur, aber auch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts eine verfassunggebende Versammlung nicht an die restriktiven Vorschriften binden würde, die das Grundgesetz für Verfassungsänderungen vorsieht.

Das heißt: Artikel 79 Absatz 2, der für Verfassungsänderungen sowohl im Bun-

destag wie im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit vorsieht, würde nicht mehr greifen. Menschenwürde, Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt, Demokratieprinzip, Rechtsstaatsprinzip, Gewaltenteilung und Sozialstaatsprinzip wären mit einfacher Mehrheit zu ändern.

Für den zukünftigen Weg Deutschlands nach Artikel 23 Grundgesetz sagte der Bundeskanzler, daß es natürlich nur möglich sei, diesen Weg zu gehen, wenn es in einer ganzen Reihe von Bereichen Übergangsbestimmungen geben werde, um der DDR den Weg zu erleichtern.

Königsweg zur Einheit

Helmut Kohl: „Für uns ist das Grundgesetz nicht nur in Festreden die beste Verfassung in der Geschichte der Deutschen.“ Er verwies auf das Wort vom „Verfassungspatriotismus“ und unterstrich seine Absicht, jedem Wähler drüben wie hier deutlich zu machen: „Wir wollen diese Republik, die Republik des Grundgesetzes, und wir wollen keine andere.“

Was das aktuelle Thema der Oder-Neiße-Grenze betrifft, wies der Kanzler auf seine Erklärung vom letzten Wochenende hin, daß nämlich nach der Volkskammerwahl in der DDR am 18. März die beiden deutschen frei gewählten Parlamente eine gleichlautende Erklärung auf der Grundlage der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 8. November 1989 abgeben sollten.

Der Text vom 8. November hatte bekanntlich eine breite Zustimmung im Deutschen Bundestag gefunden und war, wie der Kanzler betonte, auch mit seiner Stimme unterstützt worden.

Der Bundeskanzler zitierte aus dieser Entschließung: „Für die Bundesrepublik Deutschland gilt: Das polnische Volk ist

Eindeutige Position ohne Wenn und Aber

„Politisch ist klar: Die heutige Grenze zwischen der DDR und Polen wird die Ostgrenze eines vereinigten Deutschland sein. Diese eindeutige Position werden wir ohne Wenn und Aber in die Gespräche der Vier Mächte und der beiden deutschen Staaten einbringen. Damit werden das notwendige politische Vertrauen und die Voraussetzung für die abschließende rechtlich verbindliche Klärung durch einen gesamtdeutschen Souverän geschaffen. Auf dieser Grundlage sollten jetzt alle Scheindiskussionen eingestellt werden, die der Bundesrepublik nur schaden.“

Generalsekretär Volker Rühe gegenüber Welt am Sonntag

vor fünfzig Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“ Und er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß auf der Linie dieser Erklärung mit der Volkskammer ein entsprechendes Übereinkommen erzielt werden könne.

Angesichts des von manchem unbewußt, aber auch bewußt genährten Mißverständnisses wies der Kanzler noch einmal darauf hin, daß eine solche Erklärung letztendlich von einem freigewählten gesamtdeutschen Parlament ratifiziert werden müsse, wenn sie Bestandteil eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrages mit Polen sein soll.

Helmut Kohl: „Ich stehe hier auf einer ganz klaren Rechtsgrundlage.“

Wenn es jetzt zu einer Wiedervereinigung kommt, zu einem wiedervereinigten Deutschland, von dem der Bundeskanzler hofft, daß es ein Bundesstaat Deutschland sein wird, dann müsse klar sein: Es darf in Zukunft keine Grenzdiskussionen mehr geben. Das muß klar sein und darf von niemandem angezweifelt und bestritten werden.

Mit der persönlichen Bemerkung, daß die Aussöhnung mit Polen für ihn immer ein wichtiger Teil seiner Politik gewesen sei und es auch bleiben werde, begründete der Bundeskanzler seinen Wunsch, daß

Wir wollen die Aussöhnung mit Polen

Deutsche und Polen im Umgang miteinander redlich sind und keiner, der ausspricht, was ist, deswegen der Hinterlist geziehen wird.

Für die wahrscheinlich 500.000 bis 700.000 Deutsche und Deutschstämmige in Polen sprach der Bundeskanzler die Hoffnung aus, daß sie in ihrer jetzigen Heimat eine Zukunft haben. Denn es sei keineswegs das Ziel der deutschen Politik, möglichst viele von ihnen zum Weggehen und Herüberkommen zu bewegen. Das setze aber voraus, daß sie in Polen Lebensbedingungen haben, unter denen sie ihr persönliches Glück finden können.

Ganz in diesem Sinne, so der Bundeskanzler, habe er mit Ministerpräsident Mazowiecki in Warschau in einer gemeinsamen Erklärung eine Entscheidung getroffen, die einen neuen Anlauf zur Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen bedeute, in der niedergelegt ist, was Deutschen in Polen, aber auch umgekehrt Polen bei uns in Deutschland hinsichtlich Sprache, Kultur und Tradi-

tion zugestanden und garantiert werden soll.

Dazu bedarf es keiner Neuverhandlungen. Es komme nur darauf an, sich darauf zu einigen, daß es auch im Falle einer Wiedervereinigung fortgilt. Helmut Kohl: „Ich möchte die Sicherheit aus Gründen einer selbstverständlich gelebten Solidarität auch für die Deutschen haben, die in Polen leben.“

Was die Frage der Reparationen betrifft, wies der Kanzler die Unterstellung zurück, daß es eine Verknüpfung dieser Frage mit der Grenzfrage gebe. Worum es gehe, sei ausschließlich die Bestätigung bestehender Verpflichtungen. Bei diesem Hinweis bezog sich der Kanzler insbesondere auf die Erklärung der polnischen Delegation beim Abschluß des Warschauer Vertrages, in der noch einmal ausdrücklich die Gültigkeit der Erklärung der polnischen Regierung vom 23. August 1953 bestätigt wird, daß Polen auf weitere Reparationsleistungen Deutschlands verzichte.

Eine solche Klarstellung liege im wohlverstandenen Interesse beider Seiten, auch unserer Nachbarn, denn es könne

Das Ziel bleibt die Einheit der Deutschen

niemandem damit gedient sein, mit Forderungen den Eindruck zu erzeugen, es kämen auch in Zukunft auf die Deutschen weitere Lasten zu. Helmut Kohl: „Darum geht es.“

Bundeskanzler Helmut Kohl: „Das Ziel bleibt, im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts angesichts der Chance, in absehbarer Zeit die Einheit der deutschen Nation zu vollenden, mit allen unseren Nachbarn friedliche und freundschaftli-

Grundgesetz: Artikel 23

(Geltungsbereich des Grundgesetzes)

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Artikel 146

(Geltungsdauer des Grundgesetzes)

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Artikel 79

(Änderung des Grundgesetzes)

(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.

(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.

che Beziehungen möglich zu machen. Ich wünsche mir dies von Herzen gerade auch mit Polen nach all dem Schrecklichen, was im deutschen Namen in Polen geschehen ist, aber auch bei all dem, was im polnischen Namen an Deutschen geschehen ist. Wir müssen zu einem wirklichen Neuanfang fähig sein, und dazu gehört auch, daß wir offen miteinander sprechen, Probleme austauschen und in aller Ruhe ohne gegenseitige Verdächtigungen versuchen, die Probleme zu lösen.“

Keine Nahrungsmittel der DDR wegkaufen

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) der CDU Schleswig-Holsteins wendet sich mit einem Aufruf an die Bundesbürger, auf den Einkauf von Grundnahrungsmitteln und Benzin in der DDR zu verzichten.

Der Landesvorsitzende der OMV, Klaus Puschaddel, weist darauf hin, daß in den Lebensmittelgeschäften in Mecklenburg bis hin nach Wismar mehr als 20 Prozent der verkauften Artikel, wie Fleisch, Wurstwaren und Brot, an Käufer aus der Bundesrepublik Deutschland gehen. Beim Kraftstoff, insbesondere beim Diesel, sei der Anteil der Westkäufer noch höher. Niemandem in der Bundesrepublik Deutschland gehe es so schlecht, daß er den derzeit günstigen Umtauschkurs DM West gegen DM Ost auf diese Weise ausnutzen müsse. Es sei zu befürchten, so Puschaddel, daß mit beginnender Saison an der Ostsee und zunehmender Reisetätigkeit in Mecklenburg und Vorpommern die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zusammenbreche, wenn sich die Bundesbürger in ihrem Einkaufsverhalten nicht sofort ändern.

Ähnlich hat auch der hessische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Walter Wallmann an die Bundesbürger appelliert, auf „Hamsterkäufe“ preiswerter Lebensmittel in der DDR zu verzichten. Durch den Kauf der in der DDR subventionierten Grundnahrungsmittel würden die Versorgungsgängpässe im anderen Teil Deutschlands verstärkt.

Der Weg zur Einheit

Der Weg zur staatlichen Einheit über Artikel 23 Satz 2 des Grundgesetzes ist einfach und allen Beteiligten zumutbar. Die Bestimmung lautet: „In anderen Teilen ist es (das Grundgesetz) nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ Das Grundgesetz ist ein großartiger Wurf, der beste in der deutschen Verfassungsgeschichte. Zu Recht hat sich an ihm ein deutscher Verfassungspatriotismus entzündet und in der Bevölkerung weit verbreitet.

Zwei typische Kurzschlüsse sind geeignet, diesen Weg zur deutschen Einheit zu diskreditieren. Zum einen muß das beitretende Land oder müssen die beitretenen Länder die Verfassung akzeptieren, ohne ein Jota oder Komma ändern zu können. Ein Teil der Linken ist kräftig dabei, mit diesem Argument ein „Anschluß“-Gespenst zu stilisieren. Zum

**Von Manfred Langner,
Justiziar der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

anderen kann der Bund einen Beitrittsantrag nicht ablehnen; der Beitritt ist zu vollziehen. Wiederum schießt die Linke ihre Giftpfeile ab, diesmal in Richtung der westdeutschen Bevölkerung, der eingeredet wird, daß ihr untragbare Lasten aufgebürdet würden, ohne daß sie sich dagegen wehren könne.

Der Prozeß der Einheitsbildung aber ist lebendiger als formal-juristische Argumente. Er wird sich auch gegen die Neid-

und Angstkampagnen derer durchsetzen, die ihn im Herzen gar nicht wollen. Vor einem Beitritt verhandeln die Regierungen Konditionen und Übergangsregelungen aus. Das Grundgesetz ist dabei Anregung und Schranke. Ja, schon vor den eigentlichen Beitrittsverhandlungen müssen die Modalitäten der Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion festgelegt und durch die Parlamente in Ost-Berlin und Bonn beschlossen werden. Also schon im Sommer 1990 wird sich zeigen,

Artikel 23: Der Königsweg

daß weder von „Anschluß“ noch von Aufbürdung untragbarer Lasten die Rede sein kann.

Von der Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion wird ein dynamischer Zwang in Richtung staatlicher Einheit ausgehen. In einem Beschuß des Bundestages, der den Beitritt vollzieht — wie seinerzeit beim Saarland —, kann manches einfließen, was die DDR-Länder in den größeren deutschen Bund einbringen möchten und was mit der Verfassung vereinbar ist. Soziale Errungenschaften, wie Kinderkrippen oder Urlaub der arbeitenden Mütter bei Krankheit von Kindern beispielsweise, können die DDR-Länder unter der Geltung des Grundgesetzes selbstverständlich bewahren, später auch im Bundesrat als Initiative zur Geltung im gesamten Deutschland einbringen. Wenn in den DDR-Ländern demokratische Landtage gewählt und Regierungen gebildet sein werden, könnte es relativ

Überwältigender Beifall für Helmut Kohl

150.000 Bürger waren es vorgestern in Magdeburg, und 200 000 waren es in Chemnitz, die dem CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, einen großartigen Empfang bereiteten. 150.000 waren es in Erfurt. Möchtegern-Kanzler Lafontaine hatte in Cottbus dagegen ganze 3.000 Zuhörer.

Diese Abstimmung mit den Füßen macht besser als alles andere klar, wem unsere Landsleute in Mitteleuropa vertrauen, auf wen sie ihre Hoffnungen setzen und wessen Politik sie Glauben schenken. Die Menschen in der DDR haben ein feines Gespür für die deutschlandpolitische Doppelzüngigkeit der SPD. Sie haben auch nicht vergessen, was Lafontaine noch am 19. Dezember

1989 auf dem Berliner SPD-Parteitag sagte: „Wer unser System preist, hat überhaupt nicht die Zeichen der Zeit verstanden.“

Der überwältigende Beifall für Helmut Kohl in Magdeburg, Chemnitz und Erfurt ist der beste Beweis, daß die Menschen in der DDR die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards und die staatliche Einheit Deutschlands wollen — und zwar beides so schnell wie möglich.

Die SPD hat bis heute kein überzeugendes deutschlandpolitisches Konzept. Sie redet — mit Brandt — für die Einheit und — mit Lafontaine — dagegen. Ihr Statthalter in Thüringen, Arndt, möchte, daß die staatliche Einheit Deutschlands „später erledigt“ wird.

schnell zu Anträgen nach Artikel 23 Satz 2 des Grundgesetzes kommen. Das könnte auch die notwendigen Verhandlungen der „Zwei plus Vier“ in Ottawa beschleunigen und helfen, ein Ergebnis zu finden, daß die Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges findet und Perspektiven für eine neue europäische Friedensordnung und ein neues Sicherheitssystem eröffnet.

Zum Abschluß des Prozesses der deutschen Einheit müßten Bundestag und Bundesrat mit verfassungsändernden Mehrheiten die Präambel des Grundgesetzes verändern, Artikel 23 Grundgesetz im Satz 1 anpassen und Satz 2 sowie die Schlußbestimmung des Artikel 146 streichen. Denn, wenn DDR und Bundesrepublik Deutschland zusammengefunden haben, ist die staatliche Einheit der Deutschen erreicht.

Feiger Anschlag

Am Sonntag nachmittag sind im Ost-Berliner Koordinierungsbüro der „Allianz für Deutschland“ die Scheiben eingeworfen worden, und es wurde Buttersäure in die Räume gespritzt. Dazu erklärte Generalsekretär Volker Rühe:

Die CDU Deutschlands verurteilt scharf diesen hinterhältigen Anschlag. Derartige feige Angriffe auf die gerade aufkeimende Demokratiebewegung in der DDR dürfen nicht hingenommen werden. Wir appellieren an alle Demokraten, die für eine Veränderung in der DDR sind, zusammenzustehen und derartigen politisch motivierten Vandalismus zu verhindern.

Es ist besser, die Einheit zu finanzieren, als die Teilung zu subventionieren

Frage: Herr Minister Seitors, in der DDR-Bevölkerung wächst die Angst vor den sozialen Folgen der deutschen Einheit. Ist die Furcht berechtigt?

Rudolf Seitors: Besorgnisse nehme ich immer ernst, aber wir können ihnen mit guten Gründen begegnen. Die Bundesregierung wird alles tun, um den Vereinigungsprozeß sozial abzufedern. Wir wollen in der angestrebten Sozialgemeinschaft möglichst schnell Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle Bürger eines vereinten Deutschlands sichern. Das soziale Sicherungsnetz der Bundesrepublik Deutschland ist eines der dichtesten der Welt. Rund 700 Mrd. DM — das ist etwa ein Drittel des gesamten Sozialprodukts — werden bei uns jährlich für Sozialleistungen aufgebracht. Soziale Marktwirtschaft wird auch für die Bürger in der DDR immer auch sozialen Ausgleich bedeuten.

Frage: Rentner in der DDR fürchten sich vor der Währungsunion, weil sie wegen der niedrigen Renten in der DDR kaum noch ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten.

Rudolf Seitors: Wir sind bestrebt, die Renten-Problematik möglichst rasch zu klären. Die Bundesregierung ist bereit, den Aufbau eines Rentenversicherungssystems in der DDR zu unterstützen. Ich bin mir dabei im klaren, daß auch eine Anschubfinanzierung notwendig werden könnte. Ziel muß es sein, daß die Rentner auch in der DDR nach etwa 45 Arbeitsjahren eine Rente von 70 Prozent des

Nettolohnes eines vergleichbaren aktiven Arbeitnehmers erhalten.

Frage: Und wie sieht es mit den Arbeitslosen in der DDR aus?

Rudolf Seitors: Für Arbeitslose gilt im Kern dasselbe. Sie sollen — wie in der Bundesrepublik — eine finanzielle Hilfe erhalten, die sich am vorherigen Lohn orientiert und mit dem Lohn wächst. Wir bieten auch für den Aufbau der Arbeitslosenversicherung in der DDR eine Anschubfinanzierung an. Wir wollen

Berliner Morgenpost-Interview mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Rudolf Seitors

zudem die berufliche Fort- und Weiterbildung in der DDR ausbauen, denn sie ermöglicht den raschen Wiedereinstieg in den Beruf. Dafür bieten wir sofort personelle, technische und finanzielle Hilfe an.

Frage: Die Mieter in der DDR befürchten einen drastischen Anstieg der bisher staatlich subventionierten Mietpreise.

Rudolf Seitors: Ich bin der Auffassung, daß die Mieten in der DDR nicht einfach dem Markt überlassen werden können. Soziale Gesichtspunkte werden dabei eine wichtige Rolle zu spielen haben. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist dies nach der Währungsreform für lange Jahre so der Fall gewesen.

Frage: Die Menschen in der DDR räumen ihre Sparkonten leer, weil sie bei einer Währungsunion Verluste befürchten.

Rudolf Seiters: Diese Ängste sind nicht gerechtfertigt. Die Sparer in der DDR werden bei der Verwirklichung der Währungsunion auf jeden Fall einen günstigen Umtauschkurs für ihre Sparkonten erhalten, als den heute auf dem freien Markt üblichen Satz. Das bedeutet: Die Ost-Mark-Ersparnisse werden bei einer Währungsumstellung sogar aufgewertet. Deshalb ist es nicht sinnvoll, jetzt die Konten zu räumen. Wer es trotzdem tut, bekommt weniger für sein Geld als nach dem Vollzug der Währungsunion.

Frage: Was ist mit den sozialen Errungenschaften der DDR — wie z. B. der großen Zahl von Kindertagesstätten?

Rudolf Seiters: Ich halte es für wichtig, daß das Netz der Kindertagesstätten in der DDR in vollem Umfang erhalten bleibt. Die Tagesstätten sollten künftig aber entsprechend dem Elternwillen gestaltet werden. Daneben muß in der DDR aber unbedingt ein Netz von Sozialstationen und Alteneinrichtungen aufgebaut bzw. ausgebaut werden. Unser Ziel ist es, in diesem Bereich schnell an

die gute Versorgungssituation der Bundesrepublik anzuknüpfen.

Frage: Nun gibt es Bürger in der Bundesrepublik, die meinen, die Vereinigung käme für sie teuer. Was sagen Sie Ihnen?

Rudolf Seiters: Es ist besser, die Einheit zu finanzieren, als die Teilung zu subventionieren. Ich versichere, daß durch die notwendigen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland kein einziger Bürger bei uns in seinen sozialen Rechten beeinträchtigt wird. Wir können dies finanzieren ohne Leistungskürzungen und ohne Steuererhöhung. Die objektiven Voraussetzungen für die Lösung der vor uns liegenden Aufgaben sind ausgesprochen gut: Die wirtschaftlichen Daten bei uns sind ungewöhnlich günstig. Wir haben ein hohes Wirtschaftswachstum, die Zahl der Arbeitsplätze wächst, der Handelsüberschuß liegt bei etwa 130 Mrd. DM. Es gibt eine große Bereitschaft unserer Wirtschaft, sich in der DDR zu engagieren. Ich füge hinzu: Von dem dynamischen, wirtschaftlichen Aufholprozeß, den wir in dem Gebiet der DDR durch den Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft erleben werden, profitieren künftig alle: nicht nur die Bürger im anderen Teil Deutschlands, sondern auch wir.

Saar-Haushalt verfassungswidrig

Erstmals hat ein Rechnungshof einen Landeshaushalt für verfassungswidrig erklärt: Verschuldung und Kreditfinanzierung hätten im Saarland die „äußerste Grenze“ erreicht, erklärte der Landesrechnungshof.

Die Haushaltsgesetze für die Jahre 1988 bis 1990 halten die Behörde für „nicht mehr mit der Verfassung ver-

einbar“, heißt es im Jahresbericht 1989 an den Landtag und die SPD-Landesregierung von Ministerpräsident Lafontaine.

Das Saarland hat seit 1979 die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer der Bundesrepublik. Bei einem Jahreshaushalt von rund 4,9 Milliarden Mark beträgt der Schuldenberg rund elf Milliarden Mark.

DDR braucht Information über das gegliederte Schulsystem

„In der DDR herrscht eine völlige Unkenntnis über das Schulwesen in der Bundesrepublik. Offensichtlich betreiben dort Gegner des gegliederten Schulsystems ganz bewußt eine Desinformations-Kampagne, um das DDR-Einheitsschulwesen im Handstreich zum Gesamtschulsystem umbenennen zu können.“

Für die Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, und der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (ABL), Rainer Rupp, ist dies eine Hauptkenntnis aus einem einwöchigen Seminar, das von der Herbert-Quandt-Stiftung in München angeregt und in Zusammenarbeit mit beiden Verbänden für 70 Lehrer aus der DDR durchgeführt wurde. Das Seminar, das

Plädoyer für Vielfalt

die Lehrer aus der DDR unter anderem unmittelbar mit Unterricht in Münchner Schulen und mit der betrieblichen Ausbildung der BMW-AG in Berührung gebracht hatte, wurde von der Herbert-Quandt-Stiftung finanziert.

Kraus und Rupp hatten beim Seminar mit großer Zustimmung ihrer Kollegen aus der DDR für Föderalismus und für Vielfalt im DDR-Schulsystem plädiert. Nur auf der Grundlage eines differenzierteren, modernen Schulsystems werde die DDR nämlich Anschluß an den international hochangesehenen bundesdeutschen Qualitätsstandard finden.

In einer vom Geschäftsführer der Herbert-Quandt-Stiftung, Dr. Horst Avenarius, geleiteten Schlußdiskussion zeigten

sich die DDR Lehrer besonders angetan von dem hohen Anspruchsniveau in den besuchten Schulen sowie von der Qualität der kaufmännischen und der gewerblichen Berufsausbildung. Außerdem hoben sie beim Abschlußgespräch die offene Gesprächsatmosphäre im Unterricht, in Kollegenkreisen und auch in der Berufsausbildung hervor.

RCDS nun auch in Leipzig und Halle

Nach Eisenach, Greifswald und Ost-Berlin haben in der vergangenen Woche nun auch Studenten der Karl-Marx-Universität in Leipzig und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg den Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gegründet, berichtete der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Christian Schede. Die mittlerweile fünf RCDS-Gruppen in der DDR wollen dazu beitragen, so Schede, daß der gesellschaftspolitische Umbruch in der DDR auch an den DDR-Hochschulen, den Elfenbeintürmen des Marxismus-Leninismus, wirksam wird. Staatliche Bildungsplanung und Parteikadermentalität müßten der Freiheit in Wissenschaft, Forschung und Lehre weichen. Deshalb würden sich die christlich-demokratischen Studenten aus Eisenach, Greifswald, Ost-Berlin, Halle und Leipzig aktiv an der Diskussion über die zukünftige Hochschulgesetzgebung beteiligen.

Wahlaufruf der Allianz für Deutschland:

Für Freiheit und Wohlstand – gegen jede Form von Sozialismus

Die Vorsitzenden der in der Allianz für Deutschland zusammengeschlossenen Parteien des Demokratischen Aufbruchs, der Deutschen Sozialen Union und Christlich Demokratischen Union in der DDR haben zusammen mit Bundeskanzler Helmut Kohl unter dem Motto „Freiheit und Wohlstand — Nie wieder Sozialismus“ ihr Wahlprogramm vorgestellt.

Das Programm enthält eine klare Absage an jegliche Spielarten eines demokratischen Sozialismus und ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR ohne Wenn und Aber. Die Allianz für Deutschland nimmt das Angebot der Bundesregierung zur Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion an. Dazu gehören die Durchführung grundlegender Wirtschaftsreformen wie die Einführung von Privateigentum, Gewerbefreiheit und Wettbewerbsschutz, Privatisierung der Staatsbetriebe sowie der Abbau jeglicher Investitionshemmnisse für in- und ausländische Investoren.

Die Allianz für Deutschland betont darüber hinaus die hohe soziale Verantwortung, welche die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR mit sich bringt. Dazu zählt das uneingeschränkte Bekenntnis zu Mieter- und Kündigungs- schutz, der Aufbau einer Arbeitslosenver- sicherung und von Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogrammen für Arbeit- nehmer sowie die Sicherstellung der Sparguthaben, der Renten und der Gesundheitsversorgung. Mit diesem kla-

ren Bekenntnis zur sozialen Verantwortung hebt sich die Allianz für Deutschland in wohltuender Weise von den Stimmen ab, die in West- und Ost-Deutschland in unverantwortlicher Weise soziale Ängste mobilisieren. Zu letzteren gehört leider auch der vermeintliche Kanzlerkandidat der SPD Lafontaine.

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Das Sofortprogramm der Allianz für Deutschland bietet den Arbeitnehmern und den Unternehmern in beiden Teilen Deutschlands den besten Rahmen, der für die Sanierung der DDR-Wirtschaft erforderlich ist. Mit einem ver-

Nie wieder Sozialismus

Wahlaufruf und Sofortprogramm der Allianz für Deutschland zur Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990

Spät sozialistische Politik führt
zu einer Verunsicherung des
Wirtschaftsvertragswesens
und Marktes.
Revolte: Staaten, Arbeitnehmer
und Bürger kommen zusammen
Besonders erfreut Schmid: „Wir sollten
nur auf die
**Die wichtigsten
Maßnahmen dieses
Sozialvertragswesens**

Marz 1990

mit der Allianz Deutscher Industrie- und Handelskammern, Werner und Eberhard Ehrhart.

- Die 2000er wollen die Allianz Deutscher Industrie- und Handelskammern, Werner und Eberhard Ehrhart.

Die Allianz Deutscher Industrie- und Handelskammern, Werner und Eberhard Ehrhart.

gleichbaren Programm Ludwig Erhards hat die Bundesrepublik Deutschland den Wiederaufbau und das „deutsche Wirtschaftswunder“ gemeistert. Mit dem Programm der Allianz für Deutschland und der Hilfe der Bundesregierung wird ein zweites, diesmal „gesamtdeutsches“ Wirtschaftswunder möglich sein.

Deutscher Industrie- und Handelstag:

Glänzende Konjunkturaussichten

„Die Konjunkturaussichten für 1990 sind glänzend: Die Erwartungen der Wirtschaft spiegeln Zukunftsvertrauen wie lange nicht mehr.“ So lautet das Ergebnis der traditionellen Frühjahrsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei rund 17.000 Unternehmen.

Zugpferd für die Konjunktur in diesem Jahr ist die außerordentliche Investitionsdynamik der Unternehmen. Aber auch vom Export gehen starke Konjunkturimpulse aus, und den privaten Verbrauch bringt die dritte Stufe der Steuerreform in Schwung, die im Januar in Kraft getreten ist. DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser: „Die glänzende Konjunktur wirft auch ein helles Licht auf den Arbeitsmarkt: Fast alle Branchen wollen zusätzlich Arbeitskräfte einstellen.“

Eindringlich verweist der DIHT auf mögliche Risiken, die der guten wirtschaftlichen Entwicklung einen Strich durch die Rechnung machen könnten. Dazu zählt an erster Stelle ein möglicher Kostenschub durch die anstehenden Tarifabschlüsse, insbesondere durch eine weitere Arbeitszeitverkürzung. Ausdrücklich warnt der DIHT die Politik auch davor, „falsche Signale“ zu setzen und Steuererhöhungen anzukündigen oder die Senkung der Unternehmensteuern zu unterlassen: „Dieser Zangengriff von konjunkturgefährdenden Tarifabschlüssen und falschen Signalen aus der Politik könnte die Konjunktur abwürgen. Damit würde auch die große Chance verspielt, die die gute Konjunktur zur Sanierung der DDR-Wirtschaft bietet.“

Die Zukunftsaussichten, so die DIHT-Umfrage, stellen sich den Unternehmen so positiv dar wie lange nicht mehr. 91 Prozent der befragten Unternehmen haben bessere oder gleich gute Konjunkturerwartungen als ein halbes Jahr zuvor. Besonders positiv äußern sich die Handelsunternehmen, die Industrieunternehmen und die Bauwirtschaft. 85 Prozent der Betriebe beabsichtigen, mehr oder in gleicher Höhe zu investieren: „Damit verspricht 1990, ein Jahr außerordentlicher Investitionsdynamik zu werden.“

In keiner früheren Umfrage gab es ein so günstiges Bild der Investitionsabsichten. Ursachen dafür sind in erster Linie der Kaufkraftzuwachs bei den Verbrauchern durch die Steuerreform, die erwartete Öffnung der Märkte in der DDR und in den osteuropäischen Staaten sowie die anhaltend intensive Vorbereitung auf den Europäischen Binnenmarkt. Auch treten inzwischen vermehrt Lieferengpässe auf, die verstärkt zu Erweiterungsinvestitionen führen.

Wiederum gehen vom Export starke Konjunkturimpulse aus. Ursache dafür ist nach wie vor die breite Angebotspalette der deutschen Unternehmen: Investitionsgüter, vor allem neu entwickelte mit Spitzentechnologie, und qualitativ verbesserte Konsumgüter sind weltweit stärker gefragt.

Dies alles kommt der Beschäftigung zugute: Immer mehr Unternehmen in nahezu allen Branchen wollen zusätzliche Arbeitskräfte einstellen.

Vielerlei Hoffnungen und Erwartungen weckt die Öffnung des DDR-Marktes und der übrigen osteuropäischen Märkte.

Wohnungspolitik aus sozialer Verantwortung

Um die Versorgungsgüter auf dem Wohnungsmarkt zu beseitigen, hat die Regierung Helmut Kohl ein Zukunftsprogramm aufgelegt, das in drei Jahren mehr als 1 Million neue Wohnungen schaffen soll. Es enthält mehr Geld für den Sozialwohnungsbau, Steuererleichterungen für den Neubau und Umbau von Mietwohnungen, Bausparhilfen für die Häuslebauer, mehr Geld für Studentenwohnungen, bau- und planungsrechtliche Erleichterungen, neue mietrechtliche Vorschriften und mehr Baukindergeld. Allen Mietern helfen wir zusätzlich durch mehr Wohngeld.

Gefordert ist jedoch nicht nur der Bund. Auch die Länder, Gemeinden und Kreise müssen ihrer wohnungspolitischen Verantwortung gerecht werden und helfen. Sie können viel bewirken, etwa wenn es um die rasche Bewilligung der Fördermittel, die Bereitstellung eigener Mittel, um die zügige Bereitstellung von Bauland oder um die rasche Bearbeitung von Bauantragsverfahren geht.

1. Mietenbericht

a) verlässliches Mietrecht

Das Mietrecht hat eine doppelte Funktion:

- Einerseits soll es die private Investitionsbereitschaft im Wohnungsbau stützen. Private Investoren lassen sich nur dann für den Wohnungsbau gewinnen, wenn sie damit rechnen können, daß die Erträge aus Wohnungsbauinvestitionen

nicht durch nachträgliche Eingriffe in das Mietrecht beschnitten werden. Das Vertrauen in die Stabilität der wesentlichen Rahmenbedingungen ist daher eine unabdingbare Voraussetzung für langfristige Investitionen mit einer hohen Kapitalbindung wie im Wohnungsbau.

Es wäre daher mit dem vorrangigen Ziel, das Wohnungsangebot zu erweitern, nicht vereinbar, den Mietanstieg in marktwidriger Weise zu begrenzen, wenn die Mieten zeitweise oder in einzelnen Regionen besonders stark steigen. Der kurzfristige Vorteil für die Mieter, die eine Wohnung haben und nicht umziehen wollen, würde erkauft mit einem Nachteil für die Wohnungssuchenden und langfristig für alle Mieter, die von einem verringerten Wohnungsangebot betroffen wären.

- Andererseits hat das Mietrecht eine Schutzfunktion für die Mieter. Der besondere Charakter der Wohnung als Lebensmittelpunkt der Familie erfordert den notwendigen Schutz vor ungerechtfertigten Kündigungen und willkürlichen Mieterhöhungen.

b) Entwicklung des Mietindex

Der Mietindex bildet als Preisindex für den Ausgabenbereich Wohnungsnutzung reine Preisveränderungen für qualitativ gleichbleibenden Wohnraum ab. Dementsprechend gehen Veränderungen des Mietenniveaus aufgrund verbesserter Wohnqualität und größerer Wohnflächen nicht in den Mietindex ein.

► Die Steigerungsrate betrug 1987 1,6 Prozent, 1988 2,1 Prozent und 1989 3,0 Prozent.

Mietentwicklung im nichtpreisgebundenen Bestand

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es rd. 11 Mio. Mietwohnungen, die keinen gesetzlichen Mietpreisbindungen unterliegen. Davon sind rd. 40 Prozent Altbauwohnungen und 60 Prozent nach 1948 fertiggestellte Neubauwohnungen. In diesem Wohnungsbestand gelten für Mietanpassungen in laufenden Mietverträgen die Regelungen des Vergleichsmie-

„Die Bundesregierung richtet ihre Mietenpolitik am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft aus und bekennt sich zu einem gerechten Interessenausgleich zwischen den schutzwürdigen Belangen der Mieter und den Eigentumsrechten der Vermieter.“ (Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt)

tenverfahrens, während bei Erst- und Wiedervermietung die Miethöhe grundsätzlich frei vereinbart werden kann.

Untersuchungen zeigen, daß Mietanhebungen vor allem bei Mieterwechsel, seltener innerhalb laufender Mietverhältnisse vorgenommen werden. Daher wirken sich Veränderungen der aktuellen Wohnungsmarktlage zunächst in der Mietentwicklung bei Erst- und Wiedervermietung aus, während der Mietindex wegen des Übergewichts der Bestandsmieten auf dem Wohnungsmarkt erst mit Zeitverzögerungen reagiert.

► Bei Altbauwohnungen beschleunigte sich der Mietanstieg von 2,3 Prozent im Jahr 1987 auf 3,4 Prozent im Jahr 1989 und bei freifinanzierten Neubauwohnungen von 1,5 Prozent auf 2,7 Prozent.

Mietentwicklung im Sozialwohnungsbestand

Im Sozialwohnungsbestand mit derzeit rd. 3 Mio. Mietwohnungen richtet sich die Miethöhe nicht nach Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, sondern nach den in der Zweiten Berechnungsverordnung festgelegten Regeln des Kostenmietrechts. Die Miethöhe der Sozialwohnungen ist damit von den jeweiligen Herstellungskosten, Fördermodalitäten und der Entwicklung der Betriebskosten und Umlagen abhängig. Die administrierte Mietbildung hat zu Strukturproblemen geführt, die im wesentlichen sichtbar werden in

- Mietunterschieden innerhalb des Sozialwohnungsbestandes, denen keine entsprechenden Wohnwertunterschiede gegenüberstehen;
- sehr unterschiedlichen Abständen zu den Vergleichsmieten, die zu einer zufälligen Verteilung von Vorteilen und Nachteilen unter den Sozialmietern führen;

- in der Fehlsubventionierung von Haushalten, die zwar beim Bezug einer Sozialwohnung dem Berechtigtenkreis angehören, wegen späterer Einkommenserhöhungen oder Haushaltsverkleinerungen dann jedoch nicht mehr förderberechtigt sind.

- Der stärkere Mietanstieg im Sozialwohnungsbau von 1,6 Prozent im Jahr 1987 auf 3,9 Prozent im Jahr 1989 geht im wesentlichen auf die in der zweiten Jahreshälfte 1988 vorgenommene Abhebung der Pauschalen für Verwaltungs- und Instandhaltungskosten zurück.

c) Wohnungsmieten und Mietnebenkosten

Der Mietindex gibt die Entwicklung der Bruttokaltmieten wieder, d. h. der Mieten einschließlich Umlagen ohne Heizkosten. Damit wird der Mietindex zu etwa 10 bis 15 Prozent von der Entwicklung der kommunalen Gebühren beeinflußt. Diese betragen etwa 0,80 bis 0,90 DM pro m² Wohnfläche.

Die kommunalen Gebühren sind insgesamt etwas stärker gestiegen als die übrigen Mietanteile. Überdurchschnittliche Preissteigerungen gab es in den ersten neun Monaten des Jahres 1989 mit 4,8 Prozent bei der Abwasserbeseitigung und 5,8 Prozent bei der Müllabfuhr. Zu den Kostensteigerungen für Abwasser- und Müllbeseitigung haben auch gestiegene Umweltschutzanforderungen beigetragen.

Die Heizungs- und Warmwasserkosten gehen in den Mietindex nicht ein. Die günstige Entwicklung der Energiepreise hat in der zweiten Hälfte der 80er Jahre bei diesem Teil der Wohnkosten zu einer erheblichen Entlastung der Haushalte geführt. Die Ausgaben für den Energieverbrauch lagen 1988 um fast ein Viertel niedriger als 1985.

Berücksichtigt werden muß auch, daß die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte stärker gestiegen sind als der Mietindex. In den Jahren 1987 und 1988 betragen die Einkommenssteigerungen zusammen 8,7 Prozent. Das war rd. das Doppelte der Mietsteigerungen. 1989 stieg das verfügbare Einkommen um 4,4 Prozent, der Mietindex um 3 Prozent.

Im Durchschnitt können die privaten Haushalte damit die Mietausgaben leichter aufbringen und mehr bzw. qualitativ besseren Wohnraum nachfragen.

d) Wohnungsversorgung

Der Wohnungsbestand wurde in den letzten 20 Jahren erheblich ausgeweitet und qualitativ verbessert. Die durchschnittliche Belegungsdichte, d. h. die Anzahl der Personen je Wohnung, hat sich von 3 auf 2,3 Personen verringert. Durch Neubau größerer Wohnungen und Zusammenlegung kleinerer Wohnungen hat sich zugleich die durchschnittliche Fläche je Wohnung von 71,1 m² auf 85,6 m² erhöht. Jeder Einwohner verfügt heute im Durchschnitt über 35,5 m² Wohnfläche, 1968 waren es noch 23,8 m².

An dieser Verbesserung hatten auch Gruppen mit geringem Einkommen teil. So erhöhte sich von 1965 bis 1988 die durchschnittliche Wohnfläche der erfaßten Zwei-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern in Mietwohnungen von 45 m² auf 67 m².

e) Mietausgaben und Mietbelastung

Die Mietbelastung gibt den Anteil der Mietausgaben am Einkommen an, der außer vom Mietniveau auch vom Einkommen, der Wohnungsgröße und Wohnungsausstattung abhängt. Die Mietausgaben können nicht einseitig als Belastung durch Wohnkosten aufgefaßt werden, da sie auch davon abhängen, welchen Anteil des Einkommens die Haushalte für das Wohnen auszugeben bereit sind und welchen Stellenwert sie dem Wohnen im Verhältnis zu anderen Einkommensverwendungen einräumen.

► Der Anstieg der durchschnittlichen Mietbelastungen ist weniger auf Mietsteigerungen zurückzuführen, sondern darauf, daß verbesserte Wohnqualität und größere Wohnflächen in Anspruch genommen werden.

2. Wohngeldbericht

Das Wohngeld ermöglicht einkommensschwachen Haushalten ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen. Auf den derzeit angespannten Wohnungsmärkten ist es besonders wichtig für die soziale Absicherung des Wohnens. Es kann für Haushalte mit niedrigen Einkommen Mietsteigerungen teilweise auffangen und erweitert für sie die Wahlmöglichkeiten bei der Wohnungssuche.

1988 bezogen ca. 1,9 Mio. Haushalte ein durchschnittliches monatliches Wohngeld von 148 DM. Die Wohngeldausgaben von Bund und Ländern zusammen beliefen sich auf 3,7 Milliarden Mark.

93 Prozent der Wohngeldempfänger waren Mietzuschußempfänger. Damit erhielten 12 Prozent der Mieter und 1,5 Prozent der Eigentümer Wohngeld.

Dieses hohe Leistungsniveau ist die Folge einer deutlichen Verbesserung des Wohngeldes durch die Regierung Helmut Kohl zum 1. Januar 1986. Danach ist die Zahl der Wohngeldempfänger um 370 000 (oder 24 Prozent) gestiegen. Das waren 100 000 mehr als 1982.

Die Wohnkostenbelastung der Hauptmietter betrug Ende 1988 vor Abzug des Wohngeldes 41,2 Prozent, nach Abzug 24,1 Prozent des verfügbaren Einkommens. Die selbst zu tragende Miete wurde also durch das Wohngeld um mehr als 40 Prozent gesenkt.

Das Wohngeld der Haushalte mit Kindern beträgt durchschnittlich 193 DM, bei Haushalten ohne Kinder 119 DM. 50 Prozent der Wohngeldausgaben gehen an Familien mit Kindern. Die Familienfreundlichkeit des Wohngelds zeigt sich wesentlich daran, wie hoch der Anteil der Wohnkostenbelastung „nach Wohngeld“ am verfügbaren Einkommen bei Familien

mit mehreren Kindern im Vergleich zu kleinen Haushalten ohne Kinder ist. Der Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen, der nicht durch Wohngeld gedeckt ist, beträgt beim Fünf-Personen-Haushalt mit drei Kinder 16,4 Prozent, beim Ein-Personen-Haushalt 27,1 Prozent.

In der Bundesrepublik Deutschland erhalten auch Eigentümer selbstgenutzten Wohneigentums Wohngeld. 1988 gab es 136 000 Lastenzuschußempfänger, die im Durchschnitt monatlich 153 DM bekommen.

In Gemeinden und Kreisen mit besonders hohen Mieten und überdurchschnittlichen Mietsteigerungen wurde das Wohngeld zum 1. Januar 1990 angehoben. Insgesamt erhöht sich dadurch das Wohngeld für ca. 90 000 Haushalte um 10 DM bis 20 DM.

3. Wohngeldverbesserung ab Oktober 1990

Die Wohngeldausgaben, die je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden, sollen ab Oktober 1990 um insgesamt 1,2 Mrd. DM jährlich erhöht werden.

Im Durchschnitt werden die Wohngeldzahlungen pro Haushalt um 20 DM auf 170 DM steigen. Den Wohngeldempfängern in Gebieten mit überdurchschnittlich hohen Mieten wird durch eine stärkere Anhebung der Höchstbeträge für die zuschußfähige Miete zusätzlich geholfen.

So werden z. B. die betroffenen Haushalte in der obersten Mietenstufe durchschnittlich 36 Mark mehr Wohngeld erhalten.

Folgende weitere Neuregelungen sind von der Koalition verabredet worden:

1 Gesonderte Ausweisung des örtlichen Mietenniveaus für Orte ab 10 000 Ein-

Auflagen für Lkw und Zugmaschinen

Lkw und Zugmaschinen über 3,5 Tonnen müssen ab 1992 mit seitlichen Schutzvorrichtungen sowie ab 1991 mit einem zweiten großwinkligen Rückspiegel ausgerüstet sein. Dies sieht eine Änderungsverordnung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) vor, die noch vor der Sommerpause dem Bundesrat zugeleitet wird.

Dieter Schulte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr: Immer wieder kommt es zu folgenschweren Unfällen, wenn Lkw nach rechts abbiegen und dabei Fußgänger, Radfahrer oder Zweiradfahrer übersehen werden. Dabei bietet sich oft dasselbe Bild: Die Personen werden von einem Teil des Lkw erfaßt, geraten unter die Seiten des Fahrzeugs und werden so von den Rädern überrollt. Bei der Auswertung der Unfälle zeigt sich, daß gerade die große Höhe des Lkw-Aufbaus im Zusammenhang mit dem Freiraum darunter besonders gefährlich ist — nicht nur für Kinder.

Der Fußgänger oder Zweiradfahrer wird bei einem solchen Zusammenprall in der Regel oberhalb seines

Körperschwerpunktes getroffen, so daß er nicht vom Fahrzeug weggestoßen wird, sondern genau unter das Fahrzeug gerät. Er hat dann meist keine Chance mehr. Bei Unfällen mit seitlicher Kollision werden rund 60 Prozent aller Unfallpartner überrollt und in über 80 Prozent aller Fälle getötet. Seitliche Schutzvorrichtungen können hier wirksame Abhilfe schaffen und die passive Sicherheit erhöhen. Sie werden deshalb ab 1992 zwingend für neu in den Verkehr kommende Lkw und Zugmaschinen über 3,5 Tonnen vorgeschrieben.

Da die Unfälle oft auch auf das eingeschränkte Sichtfeld der Fahrzeugführer zurückgeführt werden können, wird ab 1991 ein zweiter großwinkliger Rückspiegel für Lkw schon ab 7,5 Tonnen vorgeschrieben werden.

Dadurch wird das Sichtfeld der Fahrzeugführer auf die Seite bzw. nach hinten entscheidend verbessert.

Ab 1. Januar 1992 wird ebenfalls (in Anpassung an die entsprechende EG-Richtlinie) eine neue Mindestprofiltiefe für Reifen gelten. Statt wie bisher 1,0 mm muß dann die Profiltiefe von Reifen mindestens 1,6 mm betragen.

wohnern. Bisher lag diese Erhebungsgrenze bei 20 000 Einwohnern. Entsprechend galt für kleinere Orte das Mietenniveau des Kreises. Die Absenkung der Einwohnergrenze ermöglicht eine auch kleineren Orten gerechter werdende Ermittlung ihres Mietniveaus.

2 Erhöhung des Freibetrages für 100-Prozent-Schwerbehinderte von bisher 2 400 auf künftig 3 000 DM jährlich.

3 Herabsetzung des Mindestbetrages für die Wohngeldauszahlung von derzeit 20 DM auf künftig 10 DM monatlich.

4 Vereinfachte Gewährung von Wohngeld an Sozialhilfeempfänger.

Die Regierung Helmut Kohl hilft denen, denen schnell geholfen werden muß. Mehr Wohnungen und unmittelbare Hilfen für sozial schwache Gruppen — das ist das Rezept für die Zukunft.

Nord- und Ostsee dürfen nicht länger Müllkippe bleiben

Spätestens seit dem „Robbensterben“ und der „Algenpest“ des Sommers '88 ist klar: Nord- und Ostsee sind durch Giftstoffe und Düngemittel — auch aus der Landwirtschaft — Schiffsmüll und Tourismus hochbelastet. Aus der DDR und CSSR kommen über Elbe und Werra mangels entsprechender Kläranlagen riesige Schadstoff-Frachten in die Nordsee. Die Ostsee leidet unter den umweltpolitischen Defiziten in Polen und der UdSSR. Die Folgen sind für uns alle sichtbar: erkrankte und verendete Fische und Seehunde sowie explosionsartige Vermehrung der Algen. Die Meere sind dieser Überbeanspruchung nicht länger gewachsen.

Im Vorfeld der am 7./8. März 1990 in Den Haag stattfindenden 3. Internationalen Nordseeschutzkonferenz (INK) fordert die CDU von allen Teilnehmerstaaten die Intensivierung und Harmonisierung der Maßnahmen zum Schutz der Nord- und Ostsee. Der Lebensraum Meer darf nicht länger wie eine Deponie behandelt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland verläßt sich nicht nur auf internationale Maßnahmen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat ein 10-Punkte-Programm zum Schutz von Nord- und Ostsee beschlossen und durchgesetzt.

Die globalen Probleme von Nord- und Ostsee brauchen aber entschlossenes internationales Handeln. Alle Anrainer und Staaten mit Schadstoffquellen müssen bei der Rettung von Nord- und Ostsee zusammenarbeiten. Die CDU will deshalb die Einbeziehung der DDR und CSSR als Vollmitglieder in die Arbeit der INK.

Von den teilnehmenden Ländern an der

- 3. INK fordert die CDU darüber hinaus internationale Vereinbarungen über
 - hohe Reinigungsstandards für Kläranlagen (z. B. 3. Reinigungsstufe für Kläranlagen im Einzugsbereich von Nord- und Ostsee) insbesondere zur Entfernung von Phosphaten und Nitraten;
 - eine verbindliche und praktikable Schiffsentsorgung unter Einbeziehung der Kosten in die Hafennutzungsgebühren;
 - die ökologisch verträgliche Verschrottung ausgedienter Öl- und Gasförderplattformen an Land;
 - die Einstellung der Verklappung von Klärschlamm und Abfällen in der

Den Beschuß „Schutz der Nord- und Ostsee“ stellten in Bonn der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill, MdL, und sein Stellvertreter, Roland Salchow, MdHB vor

- Nord- und Ostsee aus den europäischen Nachbarländern;
- die Verringerung des Eintrags über die Luft;
 - eine intensive Zusammenarbeit beim Schutz der Wattenmeere (Alarmplan, Einleitungsverbote);
 - ein Verbot von Produktion, Import- und Export von PCB sowie über verstärkte Anstrengungen zur umweltverträglichen Entsorgung.
- Zur Verringerung der Belastung durch den Schiffsverkehr wird die Bundesregierung aufgefordert, darauf zu drängen, daß

- die Ausweisung der Nordsee als Sondergebiet für Öl und Chemikalien nach dem MARPOL-Abkommen erfolgt, um die Einleitungen wirksam zu beschränken;
- auf EG-Ebene unter Einschluß von Norwegen und Schweden ein zusammenhängendes Nordsee-Überwachungsnetz errichtet wird;
- durch internationale Vereinbarungen und Verstärkung der Kontrollen die Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter auf Seeschiffen verbessert wird;
- die Nordsee anrainerstaaten gemeinsam mit der Internationalen-Meeresschutz-Organisation (IMO) eine Initiative ergreifen, daß auch die Hersteller und Versender gefährlicher Güter in die Verantwortung für die ordnungsgemäße Verladung und Sicherung der Güter auf Schiffen einbezogen werden;
- die Kontrollen der Schiffe in den Häfen hinsichtlich Ausrüstung, Besatzung, betrieblichen Anforderungen und Entsorgung von Rückständen intensiviert werden.

Darüber hinaus müssen die Verhandlungen der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR und der CSSR mit dem Ziel weitergeführt werden, eine internationale **Elbe-Schutz-Konvention** zu vereinbaren. DDR und CSSR müssen in die Verpflichtung zur Reduzierung der Nährstofffracht um 50 Prozent einbezogen werden. Defizite beim Vollzug internationaler Vereinbarungen sind unbedingt abzubauen. Die CDU fordert daher eine internationale Erfolgskontrolle durch regelmäßige Berichte über den Vollzug der vereinbarten Maßnahmen.

Die CDU fordert Bundesumweltminister Klaus Töpfer auf, die Notwendigkeit einer verstärkten Bekämpfung der Verschmutzung von Nord- und Ostsee anlässlich der bevorstehenden 3. Internationalen Nordseeschutzkonferenz einfordern. Die Nord- und Ostsee dürfen nicht Europa Mülleimer Nr. 1 bleiben.

Arbeitslosigkeit ging rapide zurück

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Februar 1990 im Vergleich zum Januar schlägt alle Rekorde zurückliegender Jahre.

Im Vergleich zum Februar des Vorjahrs gab es über 150.000 weniger Arbeitslose, obwohl es über 175.000 mehr arbeitslose Aus- und Übersiedler gab. Die Zunahme der Erwerbstätigenzahlen innerhalb eines Jahres um rund 400.000 ist die höchste seit langen Jahren.

Bei über 300.000 registrierten und wahrscheinlich tatsächlich deutlich über 600.000 sofort zu besetzenden Stellen wird die Erwerbstätigenzahl schon im Sommer auf deutlich über 28 Millionen ansteigen. Der rasant steigende Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften in Mangelberufen wird vor allem zunehmend durch Absolventen beruflicher Förderungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit abgedeckt werden können. Jetzt zahlt es sich aus, daß in den zurückliegenden Jahren Fortbildung, Umschulung und betriebliche Einarbeitung erheblich ausgebaut und bedarfsgerechter gestaltet worden sind.

In den zurückliegenden Wintermonaten gab es erheblich höhere Zahlen der Arbeitsvermittlung, als es in zurückliegenden Jahren jahreszeitlich üblich war. Dies ist einerseits Ausdruck einer ausgezeichneten Wirtschaftskonjunktur, andererseits aber auch ein Beweis der Fähigkeit der Bundesanstalt für Arbeit, der Arbeitsämter, ihrer Leitungen und Mitarbeiter, ihrem Vermittlungsauftrag gerecht zu werden.

Frauenarbeitslosigkeit 1989 um über 7 Prozent zurückgegangen

Die Zahl der arbeitslosen Frauen verringerte sich im Jahresdurchschnitt 1989 gegenüber 1988 um 7,2 Prozent (- 74.805). Die Arbeitslosenquote betrug 9,4 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert der letzten 8 Jahre. Trotz dieser positiven Entwicklung ist die Arbeitslosenquote der Frauen jedoch immer noch höher als die Arbeitslosenquote der Männer.

Der Anteil der Frauen an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblicher Einarbeitung hat sich gegenüber 1988 (36,1 Prozent) auf 37,3 Prozent erhöht, 182.930 Frauen haben an diesen Maßnahmen teilgenommen. Auch bei den Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) hat sich der Anteil der Frauen weiterhin erhöht: er stieg von 38,2 Prozent (1987) über 40,6 Prozent (1988) auf 40,9 Prozent (1989).

Unter der angespannten Situation auf dem Teilzeitarbeitsmarkt — die Zahl der Teilzeitarbeitsuchenden ist etwa zehnmal so groß wie die der angebotenen Stellen — haben vor allem Frauen zu leiden, die über 90 Prozent der Teilzeitbeschäftigen stellen. Bundesfrauenministerin Ursula Lehr: „Die Zahl der arbeitslosen Frauen kann erheblich reduziert werden, wenn es mehr Teilzeitarbeitsplätze gibt.“

Die Ministerin Lehr wies in diesem Zusammenhang auf die guten Chancen in den Pflegeberufen hin. Vor allem gut ausgebildete und zeitlich flexible Pflegekräfte hätten in der Regel die Wahl zwischen verschiedenen Stellen. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Krankenschwestern, -pfleger und Hebammen erheblich ausgeweitet: von 286.900 im März 1980 auf 400.400 im März 1989. Bei dieser Expansion spielte auch die Zunahme der Teilzeitarbeit eine Rolle: Waren 1980 erst 10 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Krankenschwestern, -pfleger und Hebammen teilzeitbeschäftigt, so waren es im März 1989 bereits 16 Prozent.

von je 100 erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland haben einen Teilzeitjob weil . . .

Teilzeitarbeit - bei Frauen sehr begehrt

von je 100 erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland haben einen Teilzeitjob weil . . .

... in Aus- oder Weiterbildung

6

... Vollzeittätigkeit nicht zu finden

7

... Vollzeittätigkeit nicht gewünscht

70

... Sonstige Gründe

17

CONDOR 00590

Zwischen 1978 und 1988 ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigen in der Bundesrepublik Deutschland von 2,5 Millionen auf 3,1 Millionen gestiegen, darunter waren 2,8 Millionen Frauen. Rund 75 Prozent aller teilzeitbeschäftigen Frauen arbeiten in Teilzeit, weil sie keine Vollzeittätigkeit wünschen. Sei es, weil sie Kinder zu betreuen haben oder weil sie nur so Haushalt und Beruf verknüpfen können.



Norbert Blüm an alle Arbeitnehmer:

Machen Sie von Ihrem Wahlrecht bei den Betriebsratswahlen Gebrauch

In der Zeit vom 1. März bis zum 31. Mai 1990 finden die nächsten regelmäßigen Betriebsratswahlen statt. In der gleichen Zeit können die leitenden Angestellten erstmals gesetzliche Sprecherausschüsse wählen. Mit diesen Wahlen bestimmen die Arbeitnehmer darüber, wer in Zukunft ihre Interessen im Betrieb vertreten soll. Das ist eine für alle Arbeitnehmer bedeutsame Entscheidung.

Die 1989 in Kraft getretenen Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes stellen sicher, daß auch Minderheiten Kandidaten ihres Vertrauens für die Betriebsratswahlen aufstellen können und nicht schon im Vorfeld von der Wahl ausgeschlossen werden; das entspricht guter demokratischer Tradition. Darüber hinaus wird eine weitere demokratische Spielregel festgeschrieben: Vertreter von Minderheiten, die über eine bestimmte Repräsentationsstärke im Betriebsrat verfügen, erhalten die Chance zur aktiven Mitarbeit bei der täglichen Betriebsratsarbeit.

Neu ist auch, daß der Betriebsrat — statt bisher drei Jahre — vier Jahre im Amt bleiben kann. Damit werden bessere Voraussetzungen für eine kontinuierliche Betriebsratsarbeit geschaffen; denn die Anforderungen an die Betriebsratsmitglieder werden insbesondere aufgrund der mit neuen Techniken zusammenhängenden Aufgaben immer schwieriger und bringen längere Einarbeitungszeiten mit sich. Angesichts der weitreichenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte

des Betriebsrats in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten sowie seiner neuen Befugnisse beim Einsatz neuer Techniken im Betrieb sollte jedem Arbeitnehmer daran gelegen sein, an der Betriebsratswahl teilzunehmen und seine Stimme qualifizierten Kolleginnen und Kollegen zu geben.

Betriebsratswahlen sind ein Beispiel praktizierter Demokratie. Die Beschäftigten können selbst bestimmen, wer für sie in den nächsten vier Jahren die Bedingungen im Betrieb mitgestaltet.

Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte dienen der Sicherung des sozialen Friedens und sind Ausdruck sozialer Partnerschaft.

Bei den Betriebsratswahlen kommt es auch darauf an zu beweisen, daß die Solidarität der Demokraten in den Betrieben nicht nur Lippenbekenntnisse sind. Die Abwehr radikaler Kräfte von links oder rechts muß gemeinsames Ziel aller Beschäftigten sein. Dazu gehört auch, daß keine demokratische Gruppe von der Mitarbeit in den Betriebsräten ausgeschlossen werden darf.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Ich hoffe, daß sich erneut viele qualifizierte und engagierte Arbeitnehmer bereit finden, zu kandidieren und die oft schwere Bürde eines Betriebsratsamtes auf sich zu nehmen. An dieser Stelle möchte ich auch den rund 190.000 Betriebsratsmit-

gliedern, deren Amt nun zu Ende geht, für ihre verantwortungsvolle Arbeit danken. Sie haben in unserem Sozialstaat für andere einen unverzichtbaren Dienst geleistet. Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte dienen der Sicherung des sozialen Friedens und sind Ausdruck sozialer Partnerschaft. Deshalb sollte sich kein Betrieb, in dem die gesetzlichen Voraussetzungen zur Bildung eines Betriebsrates bestehen, dieser Möglichkeit zur Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensgeschehen verschließen.

Ich rufe alle Arbeitnehmer auf, von ihrem Wahlrecht zum Betriebsrat Gebrauch zu machen, denn erfolgreiche Betriebsratsarbeit braucht eine breite demokratische Legitimation. Außerdem bitte ich die Sozialpartner, ihren Einfluß geltend zu machen, daß auch in Klein- und Mittelbetrieben mehr Betriebsräte gebildet werden als bisher. ■

Arbeitgeber gegen DDR-Gewerkschaftsgesetz

Noch in ihrer letzten Sitzung hat die Volkskammer mit dem Gewerkschaftsgesetz und der Verfassungsänderung das Gegenteil eines zukunftsweisenden Weges zu einer modernen Wirtschafts- und Sozialverfassung eingeschlagen.

Dies unterstrich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Die FDGB-Marionettengewerkschaften würden mit neuen Rechten ausgestattet. Wer den Gewerkschaften ein Einspruchsrecht bei praktisch allen unternehmerischen Entscheidungen einräume und das Streikrecht uneingeschränkt garantiere, der dürfe sich über andauernde Zurückhaltung bei Investitionsentscheidungen nicht wundern.

Neu: Plakat-Überkleber

Rechtzeitig zum Beginn des Wahljahres 1990 ist der Plakat-Überkleber im IS-Versandzentrum erhältlich. Auf grün fluoreszierendem Papier zeigt der 15 x 42 cm große Streifen: „Wir danken für Ihr Vertrauen“

Bestell-Nr.: 8196

Mindestabnahme: 500 Expl.

Preis je 500 Expl.: 49,50 DM zzgl. MwSt.

Bestellungen an:

IS Versandzentrum

Postfach 1328, 4804 Versmold

**Wir danken
für Ihr Vertrauen
CDU**

Neue Serie:**Was sagt die CDU
zum Thema**

Unter diesem Titel hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine neue Faltblatt-Serie aufgelegt. Als erstes sind die Themen: Ausländer, Umwelt, Renten und Drogen erschienen; weitere folgen.

Die Faltblätter behandeln das jeweilige Thema in dialogischer Form, d. h. möglichst realistische Fragen, wie sie von den Bürgern tatsächlich im politischen Gespräch gestellt werden, erhalten eine prägnante, verständliche Antwort. Mit diesen Faltblättern drücken sie dem interessierten Bürger keine langwierige Abhandlung in die Hand, sondern ziehen ihn quasi in ein Gespräch.

Faltblatt: Was sagt die CDU zum Thema

- „Ausländer“ — Bestell-Nr. 2214
- „Umwelt“ — Bestell-Nr. 2215
- „Renten“ — Bestell-Nr. 2216
- „Drogen“ — Bestell-Nr. 2217

Mindestbestellmenge: je 50 Exemplare
Preis je 50 Exemplare: 15,— DM inkl. Vers. zzgl. MwSt.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

**WAS SAGT
DIE CDU
ZUM THEMA**

**Aus-
länder**

**WAS SAGT
DIE CDU
ZUM THEMA**

Umwelt

**WAS SAGT
DIE CDU
ZUM THEMA**

Rente

**WAS SAGT
DIE CDU
ZUM THEMA**

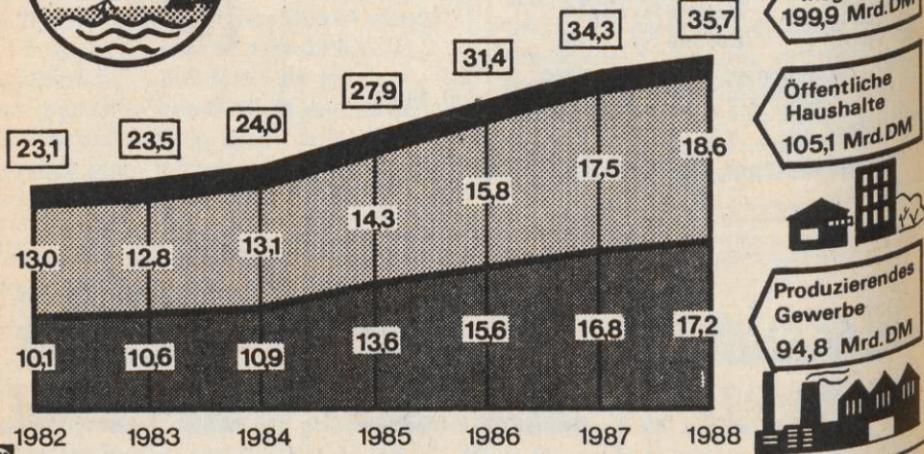
Drogen

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



"Zahlen" für den Umweltschutz

Umweltschutzausgaben des produzierenden Gewerbes
und der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik
in Milliarden DM



W.H.

Mit nahezu 36 Mrd. DM haben die Umweltschutzausgaben des produzierenden Gewerbes und der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1988 ein neues Rekordniveau erreicht.

Ud

9/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs-
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tele-
fon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Ver-
trieb:** Telefon (02 28) 54 44-421. **Verlagsleitung:** Dr.
Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto
Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:**
jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Herstellpreis:**
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.